

Fraktion **direkt**

44 | 02. Oktober 2015

Zur Lage

Der Aufbau Ost bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe Gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen

Ein Vierteljahrhundert leben wir nun schon in einem vereinten Deutschland. Eine ganze Generation ist inzwischen herangewachsen, die weder Mauer noch Stacheldraht kennengelernt hat. Ost und West sind in diesen 25 Jahren zusammengewachsen. Im Alltag der Menschen sind Unterschiede kaum noch zu spüren – unabhängig davon, ob sie im Saarland oder in Mecklenburg-Vorpommern leben.

Gleichwohl bleibt noch einiges zu tun, um in den ostdeutschen Ländern gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Darauf dringen wir in unserem Koalitionsantrag, den der Bundestag in dieser Woche angenommen hat. So muss die Finanzkraft der ostdeutschen Bundesländer auch über 2019 hinaus gestärkt werden. Die Verkehrsanbindungen an die Wirtschaftsräume in Ost- und Südosteuropa sollten zügig verbessert, strukturschwache Regionen gefördert werden. Bei der Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes dürfen wir nicht nachlassen.

„Für uns Deutsche ist die Wiedervereinigung ein Glück“

Für uns Deutsche ist die Wiedervereinigung ein Glück. Dass wir es erleben durften, darauf haben viele hingearbeitet, und einige haben dafür ihr Leben geopfert. Besondere Verdienste hat sich Helmut Kohl erworben. Der „Kanzler der Einheit“ hatte es geschafft, die Vorbehalte der Siegermächte und der Nachbarstaaten gegen die Wiedervereinigung zu zerstreuen.

Die CDU in Westdeutschland war die Partei, die immer an die Wiedervereinigung geglaubt hat. Zum rechten Zeitpunkt hat sie die historische Chance ergriffen. Neben der Europapolitik war der Einsatz für die deutsche Einheit einer der Gründe, warum ich in die CDU eingetreten bin.



Foto: Steven Rösler

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 fanden sich die Ostdeutschen allerdings nicht plötzlich im Schlafraffenland wieder. Denn die politische Freiheit und die Einheit hatten sie mit dem Verlust der wirtschaftlichen Sicherheit erkaufte. Trotz der personellen und finanziellen Hilfe aus den westdeutschen Ländern war manche Anpassung nur schwer zu verkraften.

Heute sind diese Schwierigkeiten glücklicherweise Geschichte. Die ostdeutschen Länder haben einen enormen Aufholprozess hinter sich. Trotzdem können wir in unseren Bemühungen nicht stehen bleiben. Der Aufbau Ost ist und bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Volker Kauder

Inhalt

Der Aufbau Ost bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe	1
Für unsere Werte einstehen	2
„Integration hat zwei Richtungen“	3
Asylverfahren künftig schneller und effizienter	4
„Die Wiedervereinigung ist eine Erfolgsgeschichte“	5
Menschenrechte sind die Richtschnur	6
„Assad kann nicht Teil einer langfristigen Lösung sein“	7
Letzte Seite	8

Kommentar

Für unsere Werte einstehen

Menschenrechte weltweit achten



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung hat zum elften Mal den Bericht über ihre Menschenrechtspolitik vorgelegt. Der Einsatz für Menschenrechte ist in Deutschland fest verankert. Wir bekennen uns in Artikel 1 unseres Grundgesetzes dazu. Die verschiedensten Politikbereiche der Bundesregierung sind davon bestimmt. Wir wollen in Deutschland unsere hohen Ansprüche und Standards aufrechterhalten. In unserem Land darf niemand ausgegrenzt oder benachteiligt werden aufgrund von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Gerade deshalb nehmen wir mit großer Sorge zur Kenntnis, dass in vielen Teilen der Welt Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Ein Schwerpunkt des vorgelegten Menschenrechtsberichts ist die Situation religiöser Minderheiten weltweit. Religionsfreiheit ist ein wesentlicher Gradmesser für die Menschenrechtssituation eines Landes. Vor allem die in dem Bericht thematisierte, dramatische Lage der Christen und anderer religiöser Minderheiten im Irak und in Syrien ist zutiefst erschütternd. Wir als Union müssen immer wieder auf diese inakzeptablen Zustände hinweisen. Volker Kauder ist seit Jahren im Gespräch mit den geistigen Oberhäuptern der verschiedenen Länder des Nahen Ostens. Inzwi-

schen sind aber nicht nur Christen dort bedroht. In Syrien und dem Irak fliehen auch Muslime vor dem „Islamischen Staat“ (IS), der sich mit martialischer Gewalt ausbreitet.

Wir erleben derzeit in Deutschland den Zustrom vieler Syrer, die vor diesem menschenverachtenden Treiben in ihrer Heimat fliehen. Wir können ihnen in Deutschland Sicherheit bieten. Klar ist aber auch, dass nicht alle Syrer in Deutschland bleiben werden, einige von ihnen wollen sicherlich auch eines Tages in ihre Heimat zurückkehren. Dafür müssen wir die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen. Das heißt, einerseits muss die internationale Staatengemeinschaft den IS zurückdrängen, andererseits braucht es dann sowohl in Syrien als auch im Irak eine friedliche Koexistenz der Religionen.

„Wir müssen die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen“

Auch in anderen Teilen der Welt werden die Menschenrechte häufig verletzt. Der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung ist ein weiterer Schwerpunkt des Menschenrechtsberichts. Weltweit sind davon etwa 130 Millionen Frauen und Mädchen betroffen, jedes Jahr kommen drei Millionen Mädchen dazu. Ein unerträglicher Zustand! Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung leistet deshalb dankenswerterweise einen großen Beitrag, um die Rechte der Mädchen und Frauen in Afrika zu stärken.

Unser Engagement für Menschenrechte weltweit ist – vor allem vor dem Hintergrund der Flüchtlingsströme – heute wichtiger als je zuvor. Wir als Union werden hier unermüdlich weiterarbeiten und für unsere Werte einstehen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Integration hat zwei Richtungen“

De Maizière stellt Asylreform im Bundestag vor

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Flüchtlingszahlen hat der Bundestag am Donnerstag die umfangreichste Reform des Asylrechts seit den 1990er Jahren debattiert. Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der das Gesetzespaket vorstellte, sagte: „Wir bekennen uns klar und deutlich zur Integration derjenigen, die schutzwürdig sind.“ Gleichzeitig machte er deutlich, dass abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen müssen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Strobl, nannte es eine gute Gemeinschaftsleistung von Bund und Ländern, dass sie ein so großes Gesetzespaket in so kurzer Zeit auf den Weg gebracht haben.

Zum ersten Mal werde unterschieden zwischen denjenigen, die unseres Schutzes bedürfen, und denjenigen, die nicht schutzbedürftig seien, betonte Strobl. Dies ziehe sich wie ein roter Faden durch das Gesetzespaket. De Maizière sprach von fünf zentralen Botschaften. Neben der Beschleunigung der Asylverfahren, der Integration der Schutzbedürftigen, dem Abbau von Fehlanreizen für Migration und eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber nannte er Hilfen des Bundes für Länder und Kommunen sowie den Abbau von Rechtsregeln, die eine zügige Unterbringung der Flüchtlinge verhinderten. Unter anderem wird im Gesetz die Liste sicherer Herkunftsstaaten auf dem Balkan erweitert. (Zu Einzelheiten siehe Fragen und Antworten Seite 4)

„Es werden viele sein, sehr viele“

Jeden Tag kommen derzeit zwischen 5.000 und 10.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Von denjenigen, die bleiben dürfen, nimmt de Maizière an: „Das werden viele sein, sehr viele.“ Sie sollten nicht nur geduldet, sondern voll angenommen werden. „Sie werden unsere Nachbarn und Mitbür-



Innenminister de Maizière stellt Asylreform im Bundestag vor

Foto: dpa/picture alliance

ger sein.“ An sie appellierte der Minister gleichzeitig: „Integration hat zwei Richtungen.“ So werde von den Bürgern eine Willkommenskultur erwartet. Von den Flüchtlingen mit einer Bleibeperspektive müsse man aber auch eine „Anerkennungskultur“ einfordern: „Sie müssen unsere Rechts- und Werteordnung annehmen und respektieren.“ Nicht akzeptabel seien etwa Gewaltausbrüche in Flüchtlingsunterkünften, sagte Strobl.

Funktionierendes Sozialwesen erhalten

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende unterstrich die Regeln des Zusammenlebens in Deutschland. So stehe das Grundgesetz über der Religion, Frauen und Männer seien gleichberechtigt, und jeder könne seine Meinung frei äußern. Das alles sei möglich, so lange jemand die Gesetze respektiere. „Und die macht bei uns in Deutschland nicht der Prophet, die macht das Parlament.“

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, betonte, Deutschland habe nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Schutzsuchenden, die zu uns kommen, sondern auch gegenüber der heimischen Bevölkerung, ein funktionierendes Sozialwesen zu erhalten.

Mayer äußerte die Besorgnis angesichts des anhaltend hohen Zustroms an Flüchtlingen, dass Deutschland „über kurz oder lang überfordert“ sein werde. Deshalb werde mit dem Gesetz auch das wichtige Signal ausgesendet, dass diejenigen, die nicht schutzbedürftig seien, sich gar nicht erst auf den Weg nach Deutschland machen sollten. Strobl sagte, es geschehe nicht aus Härteherzigkeit, sondern aus Einsicht in die Grenzen unserer Möglichkeiten, wenn man Menschen zurück in ihre Heimat schicke – etwa in ihre sicheren Herkunftsländer auf dem Balkan.

Weitere Maßnahmen nicht ausgeschlossen

Alle Redner der Union lobten das Gesetzespaket, schlossen aber die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen nicht aus. So sagte de Maizière, man habe sich rechtlich und organisatorisch auf die aktuelle Herausforderung eingestellt. „Ob das reicht, wird man sehen.“ Mayer meinte: „Dies ist ein Zwischenschritt. Es wird uns nicht erspart bleiben, dass wir uns sehr schnell über weitergehende Maßnahmen unterhalten.“ Das jetzige Paket soll Mitte Oktober im Bundestag abschließend beraten werden und am 1. November in Kraft treten.

Asylverfahren künftig schneller und effizienter

Gesetzespaket trägt Handschrift der Union

Der Bundestag hat in dieser Woche ein umfangreiches Gesetzespaket mit Neuregelungen zum Asylrecht in erster Lesung beraten. Ziel ist es, die Asylverfahren zu beschleunigen sowie die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu erleichtern. Außerdem soll die Integration von Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt verbessert werden. Das Gesetzespaket, das maßgeblich die Handschrift der Union trägt, soll schon zum 1. November in Kraft treten. „Fraktion direkt“ gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise:

Welche Grundsätze verfolgt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Flüchtlingspolitik?

Alle Flüchtlinge haben Anspruch auf menschenwürdige Behandlung und ein faires Asylverfahren. Der Schutz muss sich aber auf die tatsächlich Verfolgten konzentrieren. Sie sollen so schnell wie möglich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert werden. Im Gegenzug müssen Asylbewerber, die nicht schutzbedürftig sind, konsequent zurückgeführt werden.

Was ändert sich in der deutschen Flüchtlingspolitik?

Mit dem Gesetzespaket schafft die Koalition die Voraussetzungen, um die Asylverfahren effizienter und zügiger durchführen zu können. Ein wichtiger Baustein ist die Einstufung Albaniens, des Kosovos und Montenegros als sichere Herkunftsstaaten. Die Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern mit ohnehin geringer Anerkennungquote können so schneller bearbeitet werden.

Antragsteller aus diesen Ländern sind künftig verpflichtet, bis zum Abschluss des Verfahrens bzw. zu ihrer Ausreise in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Für sie gibt es keine Integrationsleistungen. Außerdem wird für sie ein Ausbildungs- und Beschäftigungsverbot eingeführt.



Ankunft von Flüchtlingen am Bahnhof in München

Foto: picture alliance / dpa

Um falsche Anreize für illegale Einwanderung abzubauen, sollen zukünftig in den Erstaufnahmeeinrichtungen soweit wie möglich Geld durch Sachleistungen ersetzt werden. Abgelehnte Asylbewerber, die ausreisen müssen, erhalten die vollen Leistungen nur noch bis zum festgesetzten Ausreisetermin.

Schließlich werden Bund, Länder und Gemeinden verstärkt zusammenarbeiten, um abgelehnte Asylbewerber zügig zurückzuführen. Außerdem werden die Regeln im Kampf gegen Schleuser verschärft.

Wie wird die Gesundheitsversorgung geregelt?

Eine bundesweite Gesundheitskarte wird es nicht geben. Jedes Land muss selbst entscheiden, ob es eine solche Gesundheitskarte einführen will. Der Leistungsumfang bleibt aber auch dann auf Akutfälle beschränkt und wird nicht auf das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung angehoben. Verbesserungen gibt es richtigerweise nur beim Impfschutz.

Wie hilft der Bund Ländern und Kommunen?

Der Bund stockt die bereits bestehenden Leistungen weiter auf. Kern der zusätzlichen finanziellen Hilfen ist eine Abschlagszahlung, die ab 2016

für jeden der geschätzten 800.000 Asylbewerber in Höhe von 670 Euro pro Monat gezahlt werden soll. Bei einer unterstellten Verfahrensdauer von fünf Monaten ergibt sich ein Betrag von 2,68 Milliarden Euro.

Darüber hinaus beteiligt sich der Bund an den Kosten für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge mit jährlich 350 Millionen Euro. Den für 2015 vorgesehenen Beitrag zur Entlastung der Länder verdoppelt er auf zwei Milliarden. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen außerdem beim Neubau von Wohnungen.

Was wird für die Integration getan?

Der Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive. Außerdem soll diese Personengruppe schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt deshalb bereits nach drei Monaten. Außerdem wird der Zugang zu Arbeitsfördermaßnahmen erleichtert.

Für Staatsangehörige der Westbalkan-Staaten schafft das Gesetzespaket die Möglichkeit einer legalen Arbeitsmigration. Allerdings wird ein Spurenswechsel nach dem Motto „Raus aus dem Asylsystem, rein in den Arbeitsmarkt“ ausgeschlossen.

„Die Wiedervereinigung ist eine Erfolgsgeschichte“

Joachim Pfeiffer über Leistungen und Herausforderungen in 25 Jahren deutscher Einheit



Foto: Ingo Sombrotzki

Joachim Pfeiffer
Wirtschaftspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

25 Jahre deutsche Einheit: Für die CDU/CSU-Fraktion Gelegenheit, Bilanz zu ziehen, Leistungen zu würdigen und Herausforderungen anzugehen. Am Freitag stellte die Bundesregierung im Bundestag ihren Bericht zum Stand der deutschen Einheit vor; die Koalitionsfraktionen brachten einen gemeinsamen Antrag dazu ein. „Fraktion direkt“ sprach mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Joachim Pfeiffer, über das Thema.

Herr Pfeiffer, 25 Jahre deutsche Einheit – ein Vierteljahrhundert. Ist es nun an der Zeit, einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit zu ziehen?

Pfeiffer: Der Mauerfall war ein Glücksmoment der deutschen Geschichte. Das Zusammenwachsen von Ost und West ist jedoch ein langfristiger Prozess. Es braucht keinen Stichtag, an dem die Einheit „fertig“ ist.

Keinen Schlussstrich sollte man hinter die Aufarbeitung der SED-Diktatur ziehen. Wir müssen uns mit dieser Zeit auseinandersetzen – nur so kann eine Verharmlosung der SED-Verbrechen verhindert werden.

Die ostdeutsche Wirtschaft hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten enorm entwickelt. An welchen Stellen hapert es noch?

Pfeiffer: Erst einmal sollte man anerkennen, dass das Gesamtprojekt eine Erfolgsgeschichte ist. Trotzdem ist noch einiges zu tun, zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosenquote ist im Osten drei Prozent höher als in den alten Bundesländern. Kein einziges DAX-Unternehmen hat seinen Sitz in den neuen Ländern. Aber Investitionen in Forschung und Innovation zahlen

sich mittlerweile aus. In Ostdeutschland finden sich viele mittelständische Unternehmen, die in ihren Nischen weltweit führend sind.

Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für die neuen Bundesländer. Zwar hat sich die Jugendarbeitslosigkeit inzwischen halbiert, aber nun müssen wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Wo ist der Aufbau Ost besonders gut gelungen?

Pfeiffer: Alles aufzuzählen würde – zum Glück – den Rahmen dieses Interviews sprengen. Heute ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Das zeigt, dass es in der wirtschaftlichen Entwicklung konsequent aufwärts geht. Bildung und Forschung sind auf einem hohen Niveau; gleiches gilt für Kultureinrichtungen. Dresden, Potsdam, Leipzig, Rostock, Magdeburg oder Erfurt haben sich als Kultur-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte etabliert.

Ein wichtiger Aspekt ist die Infrastruktur. Nach der Wiedervereinigung haben wir die Verkehrswege in der ehemaligen DDR saniert. Auch

mussten erst einmal Straßen zwischen Ost und West gebaut werden. Im Hinblick auf einige Autobahnen ist nun eher ein Aufbau West gefragt.

Es wird oftmals vergessen, dass die DDR auch in ökologischer Hinsicht ein Sanierungsfall war. Die Beseitigung von Altlasten, gerade im Chemiedreieck oder rund um den Braunkohletagebau, war ein enormer Kraftakt. Heute sind fast fünf Prozent der Fläche der ehemaligen DDR Naturparks oder Biosphärenreservate. Gerade der Tourismus profitiert davon.

Wie sieht es mit der Angleichung der Renten aus?

Pfeiffer: 25 Jahre nach der Einheit gelten immer noch unterschiedliche Rentenwerte in Ost und West. Zum Ende des Solidarpakts, also 2019, werden die Rentenwerte vollständig angeglichen. In den nächsten beiden Jahren werden bereits Teilangleichungen geprüft. Grundsätzlich erscheinen derartige Unterschiede nicht mehr zeitgemäß, aber die Integration der beiden Rentensysteme war nur als langfristiges Projekt möglich. Übrigens ist die Eingliederung der DDR-Alterssicherung in das umlagefinanzierte Rentensystem ebenfalls eine enorme Leistung gewesen, auf die gerade die Union stolz sein kann.

Müssen wir auch nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II 2019 die ostdeutschen Bundesländer weiter finanziell unterstützen?

Pfeiffer: Es wird sicherlich auch zukünftig eine finanzielle Umlage zwischen stärkeren und schwächeren Bundesländern geben. Stärker und schwächer sind dabei aber keineswegs deckungsgleich mit Ost und West.

Menschenrechte sind die Richtschnur

Bundestag debattiert Bericht der Bundesregierung über Menschenrechtspolitik



Foto: picture alliance / abaca

Jesiden im Sommer 2014 auf der Flucht im Norden Iraks

Menschenrechte sind die Richtschnur des innen- wie außenpolitischen Handelns der Bundesregierung. Dies geht aus dem elften Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik hervor, der am Donnerstag im Bundestag debattiert wurde. In ihm wird insbesondere die Konkretisierung des Menschenrechtsansatzes als Querschnittsansatz in der deutschen Entwicklungspolitik aufgezeigt. Thematisch sehr verschiedene Projekte und Programme werden an menschenrechtlichen Standards und Prinzipien ausgerichtet. Darüber hinaus durchdringen die Menschenrechte alle Politikbereiche.

Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und die Ächtung von Folter, die Bekämpfung des Menschenhandels und das hohe Gut der Medien- und Meinungsfreiheit sind wichtige Anliegen, für deren Umsetzung die Bundesregierung sich weltweit engagiert. Denn leider ist es eine Tatsache, dass die universellen Menschenrechte in vielen anderen Teilen der Erde keineswegs beachtet werden.

Religiöse Minderheiten schützen

Der elfte Menschenrechtsbericht zieht jedoch nicht nur Bilanz für den Berichtszeitraum März 2012 bis Februar 2014, er ist auch auf die Zukunft ausgerichtet: Im „Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung 2014 – 2016“ werden wesentliche Anliegen deutscher Menschenrechtspolitik für die nahe Zukunft formuliert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich in ihrem Vorhaben, ihre besondere Aufmerksamkeit auf die weltweite Lage religiöser Minderheiten zu richten – sind doch die weltweite Durchsetzung der Religionsfreiheit und die Verbesserung der oft kritischen Lage christlicher Minderheiten für sie Kernthemen ihrer Menschenrechtspolitik. Die Solidarität der Fraktion gilt darüber hinaus allen religiösen Minderheiten, etwa den Bahai im Iran oder den Jesiden im Irak, die aufgrund ihrer Religion benachteiligt und diskriminiert werden.

Im Sommer 2014 versuchte der sogenannte Islamische Staat, die Jesiden aus ihrer Heimat im Nordirak zu vertreiben.

Weibliche Genitalverstümmelung bekämpfen

Brennpunktthema des aktuellen Berichts ist die weibliche Genitalverstümmelung. Nach Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen sind weltweit etwa 130 Millionen Frauen und Mädchen davon betroffen. Die weibliche Genitalverstümmelung wird in 28 Ländern Afrikas, aber auch im Süden der Arabischen Halbinsel und in einigen Ländern Asiens praktiziert. Allerdings hat sich diese Praxis durch Wanderungsbewegungen inzwischen auch in Europa und Nordamerika verbreitet. Dieses grausame Verbrechen ist eine fundamentale Menschenrechtsverletzung und Ausdruck von Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Daher setzt sich die Bundesregierung in Deutschland und weltweit nachdrücklich für die Beseitigung dieser Praxis ein. In der nationalen Gesetzgebung wurde deshalb ein eigener Straftatbestand eingeführt.

„Assad kann nicht Teil einer langfristigen Lösung sein“

Jürgen Hardt über die Lage in Syrien und Wege zu einer Befriedung des Konflikts



Foto: Katja-Julia Fischer

Jürgen Hardt
Außenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Syrien befindet sich seit über vier Jahren im Bürgerkrieg. Dieser Krieg hat bislang über 250.000 Todesopfer gefordert; rund zwölf Millionen Menschen sind innerhalb und außerhalb des Landes auf der Flucht. Viele von ihnen machen sich auf einen gefährlichen Weg nach Europa. Über die Dringlichkeit einer Friedenslösung sprach „Fraktion direkt“ mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt.

Herr Hardt, in die Bemühungen um eine Friedenslösung scheint Bewegung zu kommen. Warum gerade jetzt?

Hardt: Seit über vier Jahren stellen wir uns die Frage, wie wir dem Leiden in Syrien endlich ein Ende setzen können. Ein Erfolg hierbei würde uns auch in der Flüchtlingsfrage deutlich entlasten. Die gewaltige Zahl der Flüchtlinge ist nicht nur eine große Herausforderung für die Nachbarländer Syriens – wie die Türkei, Libanon oder Jordanien –, sondern wird auch immer mehr zu einer Belastungsprobe für Deutschland und Europa.

Eine militärische Lösung der innersyrischen Konflikte kann es jedoch nicht geben. Vielmehr braucht es jetzt dringend eine neue und starke politische Initiative für die Menschen in Syrien. Zugleich haben die Verhandlungen über das Atomprogramm mit dem Iran gezeigt, dass die internationale Gemeinschaft auch mit schwierigen Partnern umgehen kann. Das gelingt aber nur, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

„Russland und Iran müssen mit an den Tisch“

Wie bewerten Sie die Rolle Russlands?

Hardt: Russland ist ein bedeutender Akteur, der seine militärische Präsenz im Kampf gegen den IS („Islamischer Staat“) und zur Unterstützung von Präsident Assad in Syrien in den vergangenen Wochen nicht nur deutlich ausgeweitet hat, sondern seit Mittwoch mit eigenen Luftschlägen eingreift. Dennoch bleibt es dabei: Militärische Einsätze allein werden die Krise in Syrien nicht überwinden helfen. Für eine politische Lösung müssen, so schwierig es ist, alle Akteure, d.h. auch Russland, Iran, die Türkei und Saudi-Arabien mit einbezogen werden. Es reicht auf Dauer nicht mehr, nur bilateral mit allen zu sprechen. Wichtig ist, dass es gelingt, alle gemeinsam an einen Tisch zu bringen, um Kompromisslinien auszuloten. Richtig ist aber auch, dass viele Konfliktlinien so weit auseinander liegen, dass zurzeit noch kein Tisch dafür groß genug ist. Die Hoffnung

besteht darin, dass das E3+3-Modell – also die drei EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie die Vereinigten Staaten, Russland und China –, das bei den Nuklearverhandlungen mit dem Iran erfolgreich war, jetzt auch etwas bewegen kann.

Kann der syrische Machthaber Baschar al-Assad Teil der Lösung sein?

Hardt: Es wäre falsch, der vom syrischen Regime propagierten Behauptung zu folgen, wonach die einzige Alternative Assad oder der IS seien. Unrealistisch ist es aber auch zu glauben, dass eine politische Einigung gefunden werden kann, ohne Gespräche mit Präsident Assad zu führen. Dennoch ist klar, dass Assad nicht Teil einer langfristigen Lösung sein kann. Er ist gegen sein eigenes Volk mit Fassbomben und Giftgas vorgegangen und hat durch seine harte Haltung sowie die blutige Niederschlagung der zunächst friedlichen Proteste dazu beigetragen, dass der IS in Syrien überhaupt Fuß fassen konnte. Für die meisten Syrer kann er somit kaum eine Option sein.

Sollte Deutschland sich in irgendeiner Form militärisch einbringen?

Hardt: Unter Führung der Vereinigten Staaten wurde eine breite internationale Koalition mit über 60 Staaten zur Bekämpfung des IS gebildet. Deutschland beteiligt sich daran mit der Unterstützung der Peschmerga im Nordirak und verschiedenen Stabilisierungsmaßnahmen. Die Ausbildung und Ausrüstung der kurdischen Peschmerga könnten wir gegebenenfalls ausweiten.

Politik zum Anfassen

„Tage der Begegnung“

Wie bildet sich ein Politiker seine Meinung? Gibt es Freundschaften in der Politik? Und: Wie häufig sieht ein Politiker eigentlich seine Familie? Den Politiker nicht nur als Entscheider und vermeintlichen Machtmenschen wahrnehmen, sondern auch die Privatperson dahinter entdecken – das wollten die 200 jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Tage der Begegnung“. Diese Gespräche über Glaube, Werte und Politik fanden in der vergangenen Woche unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert im Parlament statt.

Zahlreiche Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellten sich auf Podien und in Workshops den Fragen der Studierenden. In entspannter Atmosphäre entlockten die Teilnehmer mit ihren direkten Fragen den Polit-Profis so manche Anekdote.

Nahostkonflikt und Flüchtlingsfrage im Mittelpunkt

Doch schnell standen die tagesaktuellen, drängenden Fragen im Zentrum. Im Gespräch mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Kirchenbeauftragten Franz Josef Jung wurden vor allem die Konflikte im Nahen Osten und die Flüchtlingsbewegung nach Europa angesprochen. „Klar ist: Wir müssen dem Morden in Syrien Einhalt gebieten“, sagte Jung. Deshalb müsse man die Finanzströme an den „Islamischen Staat“ (IS) austrocknen, diesem die Nachschubwege abschneiden und regionale Gruppen, die sich dem Terrornetzwerk entgegenstellen, ausrüsten und ausbilden. „Die ersten Gespräche zwischen der amerikanischen und der russischen



Foto: Birga Köhler

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- | | |
|-----------------------|--|
| 14. Oktober 2015 | Kongress Gründungen und Unternehmensfinanzierung |
| 15. Oktober 2015 | Kommunalforum Asyl und Flüchtlinge |
| 13.-15. Dezember 2015 | Parteitag der CDU Deutschland |
| 16. Dezember 2015 | Vorweihnachtliche Feier der CDU/CSU-Fraktion |

Regierung geben Hoffnung“, erklärte Jung mit Blick auf eine mögliche Friedenslösung für Syrien.

Auch die Herausforderung, die große Gruppe der muslimischen Gläubigen unter den Flüchtlingen hier zu integrieren, war ein Thema. „Ich habe den Eindruck, dass die meisten die Nase voll vom IS haben und von allem, was damit verbunden ist. Natürlich stehen wir an der Seite der Muslime, die ihre Religion im Einklang mit unserer Gesellschaft leben und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung achten“, sagte Jung und fügte

hinzu: „Doch wir müssen uns fragen, ob es für die Integration auf Dauer gut ist, wenn beispielsweise Imame vom Ausland nach Deutschland entsandt und von dort finanziert werden.“ Auch müsse es selbstverständlich werden, dass in Moscheen hierzulande auf Deutsch gepredigt werde. „Es ist daher keine Hilfe, wenn Saudi-Arabien die Finanzierung von 200 Moscheen in Deutschland anbietet. Stattdessen sollte Saudi-Arabien lieber selbst Flüchtlinge aufnehmen oder Flüchtlingscamps finanzieren“, forderte Jung.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt